

Kostrzewa, Wojciech Julian

Working Paper — Digitized Version

Zwischen Euphorie und Ernüchterung - die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den europäischen RGW-Staaten 1970-1988

Kiel Working Paper, No. 359

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Kostrzewa, Wojciech Julian (1989) : Zwischen Euphorie und Ernüchterung - die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den europäischen RGW-Staaten 1970-1988, Kiel Working Paper, No. 359, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/46686>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere

Kiel Working Papers

Kieler Arbeitspapiere Nr. 359

ZWISCHEN EUPHORIE UND ERNÜCHTERUNG - DIE
WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND ZU DEN EUROPÄISCHEN
RGW-STAAATEN 1970-1988

von
Wojciech Kostrzewa

Februar 1989

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342-0787

Institut für Weltwirtschaft
Düsternbrooker Weg 120
2300 Kiel
Bundesrepublik Deutschland

Kieler Arbeitspapiere Nr. 359

ZWISCHEN EUPHORIE UND ERNÜCHTERUNG - DIE
WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND ZU DEN EUROPÄISCHEN
RGW-STAATEN 1970-1988

von
Wojciech Kostrzewa

Februar 1989

As 1261/89
Weltwirtschaft
Kiel

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut.

Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

I. Einführung

Die siebziger Jahre stellen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen der wichtigsten Wendepunkte dar. Sie haben nicht nur das außenpolitische Handeln und die internationale Stellung der Bundesrepublik beeinflusst, sondern prägten auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn. Mit den außen- und deutschlandpolitischen Grundsatzentscheidungen des Jahres 1970 vollzog die Bundesrepublik Deutschland eine Wende in ihrer Ostpolitik. Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Staaten Ostmitteleuropas öffneten sich für den westdeutschen Staat neue politische und vor allem wirtschaftliche Möglichkeiten, die die deutschen Unternehmen im Verlauf der darauffolgenden beinahe zwei Jahrzehnten zumindest teilweise zu nutzen wußten.

Ziel dieses Beitrages ist es, die wirtschaftliche Bedeutung der Ostorientierung der Bundesrepublik wie auch ihre Veränderungen im Laufe der Zeit darzustellen. Der Aufbau der Arbeit ist wie folgt: Im Kapitel II wird ein kurzer Abriß wichtigster politischer Ereignisse im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Staaten Osteuropas wiedergegeben; im Kapitel III werden die einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik mit europäischen RGW-Staaten¹ seit 1970 dargestellt; im Kapitel IV schließlich wird versucht, aufgrund der Erfahrungen der Jahre 1970-1988 eine Beurteilung der Perspektiven des deutschen Osthandels in der Ära der Perestrojka abzugeben.

II. Politische Rahmenbedingungen 1970-1988

Die politischen Rahmenbedingungen der frühen siebziger Jahre sind durch die in Folge der Bundestagswahl im September 1969 möglich gewordene sozial-liberale Koalition entscheidend geprägt worden.

¹ Zu den hier untersuchten Ländern zählen die europäischen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dies sind im einzelnen: Bulgarien, die CSSR, die DDR, Polen, Rumänien, die UdSSR und Ungarn, im folgenden als RGW(7) bzw. RGW bezeichnet. Der Term RGW(6) bezieht sich auf die genannten Länder ohne die UdSSR, während der Begriff RGW(5) die RGW-Staaten ohne die DDR und die UdSSR umfaßt.

Als der Vorsitzende der SPD und Außenminister der "Großen Koalition", Willy Brandt, am 21. Oktober 1969 zum Bundeskanzler gewählt wurde, haben wohl wenige die Geschwindigkeit der bevorstehenden Wende in der Außenpolitik geahnt. Die "neue Ostpolitik" sollte innerhalb des kommenden Jahres mit unerwartetem Durchbruch überraschen und zu einem der wichtigsten politischen Themen der nächsten drei Jahre werden.

Zu den Höhepunkten der ersten Phase der "neuen Ostpolitik" gehörten der Moskauer Vertrag vom 12.8.1970, der Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 und der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21.12.1972. Diese Phase der politischen Öffnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Osten ist im Dezember 1973 mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien, der Tschechoslowakei und Ungarn endgültig abgeschlossen worden.

Von der Normalisierung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik mit den einzelnen sozialistischen Ländern wurden auch verbesserte wirtschaftliche Beziehungen erwartet. Diese Verbesserung erfolgte manchmal sogar schon vor der eigentlichen politischen Normalisierung, so geschehen z.B. im Fall Polens, wo ein Abkommen über Warenverkehr und wirtschaftliche Zusammenarbeit bereits im Juni 1970, also ein halbes Jahr vor dem Warschauer Vertrag, unterzeichnet wurde.

Die zweite Phase der deutschen Ostpolitik ist wohl 1975 durch die Helsinki-Konferenz (Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte) und die am Rande stattfindenden Gespräche des Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit höchsten Vertretern der osteuropäischen Staaten eingeleitet. Nach außen hin wurde sie u.a. in Gestalt des sogenannten Jumbo-Kredits sichtbar, der zu äußerst günstigen Konditionen¹ an Polen gewährt wurde. In dieser Zeit wurden auch eine

¹ Der Zinssatz betrug 2,5 vH, die Laufzeit 25 Jahre bei fünf tilgungsfreien Jahren und die Gesamtsumme 1 Mrd. DM (PISM, 1987, S. 93 ff.). Der Jumbo-Kredit wurde ausdrücklich als Teil eines politischen Pakets betrachtet (Abgeltung einiger Wiedergutmachungsforderungen) und darf daher nicht ohne weiteres als ein subventioniertes Exportkredit gewertet werden, obwohl seine wirtschaftliche Komponente außer Zweifel ist.

Reihe von Kooperationsverträgen zwischen der Bundesrepublik und den einzelnen Ländern Osteuropas abgeschlossen. Sie alle sollen helfen, das Tempo der Expansion des gegenseitigen Handelsaustausches aus der ersten Hälfte der siebziger Jahre auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und für neue Qualität zu sorgen.

Die dritte Phase der "neuen Ostpolitik" in den Jahren 1980-1982 stand eindeutig unter dem Zeichen des Krisenmanagements. Das nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 für alle sichtbare Scheitern der Détente-Politik beeinflusste zweifelsohne auch die stark politisierten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West. Hinzu kam, daß Polen und Rumänien im Laufe des Jahres 1981 praktisch zahlungsunfähig geworden sind, was die Schuldenkrise mit auslöste (Zloch-Christy, 1987, S. 109 ff.). Vor der Unterbrechung des Schuldendienstes durch Polen konnte nicht einmal eine wohl beispiellose Aktion Bonns retten, das im Sommer 1980 die deutschen Privatbanken mit "sanftem politischen Druck" (Link, 1987, S. 308) zur Gewährung eines 1,2 Mrd. DM Kredits bewegte. Der Versuch, die Ost-West- und insbesondere die deutsch-deutschen Beziehungen nochmal zu beleben, schlugen fehl. Das erwartungsbeladene Treffen zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker am 11.-13. Dezember 1981 am Werbellinsee endete ergebnislos. Es wurde zudem von der Einführung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember überschattet. Das Jahr 1982 zeichnete sich durch ein frostiges politisches Klima aus und war, so schien es, meilenweit von den hoffnungsvollen Erwartungen des Jahres 1970 entfernt.

Die vierte Phase der westdeutschen Ostpolitik wurde durch die Bonner Wende im Oktober 1982 eingeleitet und durch die behutsame Kontinuität geprägt. Sie gewann nach dem Machteintritt Michail Gorbatschows an Schwung, zu ihren bisherigen Höhepunkten wurden der Honecker-Besuch in der Bundesrepublik 1987 und der Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Moskau im September 1988. Zu dieser Phase gehört zweifelsohne auch der DDR-Milliarden-Kredit aus dem Jahre 1983, der auf Betreiben des damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zustande kam und der sehr gut die praktische Anwendung der "Politik der Schadensbegrenzung" illustrierte.

III. Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den sozialistischen Staaten Osteuropas

1. Euphoriephase 1970-1975

Das Jahrzehnt begann eindrucksvoll mit dem ersten, milliarden-schweren Erdgas-Röhren-Geschäft, das bereits 1970 zwischen der Sowjetunion und einer Reihe westdeutscher Unternehmen abgeschlossen wurde. Mit dem Abschluß der Ostverträge, die den von der Wirtschaft schon längst geforderten "politischen Schub" in den deutschen Osthandel brachten (Handelsblatt, 1970), eröffneten sich neue Perspektiven für die Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik. Die Erwartungen waren um so höher, wenn man bedenkt, welches Potential die europäischen RGW-Länder in den Augen zahlreicher Unternehmen darstellte. Besonders phantasieanregend wirkte die Vorstellung von einem aufnahmefähigen Markt, der mit beinahe 350 Mill. Konsumenten um etwa 10 vH die Bevölkerungszahl der westeuropäischen Länder überstieg, dessen Anteil am Außenhandel der OECD-Staaten aber im Jahre 1965 lediglich bei 3 vH lag¹.

Die ersten Jahre nach 1970 schienen diese optimistischen Erwartungen zu bestätigen. Die Exporte aller OECD-Länder in die europäischen RGW-Staaten stiegen von 6,4 Mrd. US-\$ im Jahr 1970 auf fast 26 Mrd. US-\$ fünf Jahre später. Ähnlich verhielt es sich mit den RGW-Exporten in die OECD-Länder, die im Zeitraum von 1970 bis 1975 von 6 Mrd. US-\$ auf 17,7 Mrd. US-\$ angestiegen sind. Die

¹ Die mit dem Osthandel verknüpften Erwartungen sind in der Bundesrepublik weit größer als in anderen westlichen Ländern gewesen. Dies beruhte nicht nur auf der Tatsache, daß bereits Mitte der sechziger Jahre die Osthandelsverflechtung der Bundesrepublik weit stärker war als die der meisten OECD-Länder und daß auch die westdeutschen Unternehmen eine dominierende Rolle in der Außenhandelsverflechtung der RGW-Staaten einnahmen (Tabelle A3). Eine wichtige Rolle spielten auch die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, als noch Mitte der dreißiger Jahre der Anteil des Handels mit Bulgarien, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn etwa 15 vH des deutschen Außenhandels ausmachte (Statistisches Reichsamt, 1937).

durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten lagen damit entsprechend bei 32 vH und 24 vH. Nicht nur die Werte der Ein- und Ausfuhren sondern auch aussagefähigere Indikatoren wie z.B. Marktanteile bestätigen diese Tendenz (Tabelle A1, A2). So konnten die RGW-Staaten ihre Position sowohl als Lieferanten als auch als Importeure der OECD-Erzeugnisse ausbauen und erhöhten ihre Marktanteile im Jahre 1975 auf 3 vH respektive 4,6 vH.

Erwartungsgemäß war die Bedeutung des Osthandels für die westdeutsche Wirtschaft viel größer. Der Wert der Ostexporte stieg zwischen 1970 und 1975 von 7 auf fast 20 Mrd. DM, und der Anteil der Ostexporte an den Gesamtausfuhren der Bundesrepublik erreichte 1975 eine Rekordhöhe von 8,8 vH (Tabelle 1). Der Aufschwung erfaßte dabei fast alle RGW-Länder, wobei zwei Sonderentwicklungen hervorzuheben wären: Der Anteil der innerdeutschen Ausfuhren blieb beinahe konstant und wies sogar eine leicht

Tabelle 1 - Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland in die europäischen RGW-Staaten 1965-1975

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR	RGW(7)	
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1965	4,1	1,7	0,8	4,9	3,6
1970	4,4	1,9	1,2	5,6	7,2
1971	4,5	1,8	1,1	5,6	7,8
1972	5,1	1,9	1,5	6,6	10,0
1973	5,4	1,7	1,7	7,1	12,9
1974	5,7	1,6	2,1	7,8	18,2
1975	5,7	1,7	3,1	8,8	19,8

Quelle: Statistisches Bundesamt a,b; eigene Berechnungen.

rückläufige Tendenz auf; der Anteil der Sowjetunion stieg dagegen um mehr als das zweieinhalbfache.

Auch die Einfuhren der Bundesrepublik aus den osteuropäischen Staaten nahmen in den Jahren 1970-1975 kräftig zu und überschritten 11 Mrd. DM (Tabelle 2). Hier jedoch von einem Durchbruch der sozialistischen Exporteure zu sprechen wäre fehl am Platz. Die kleineren RGW-Staaten konnten ihre Position am westdeutschen Markt (gemessen an Marktanteilen) nach vorübergehenden Steigerungen ungefähr auf dem 1970er-Niveau stabilisieren. Der insgesamt verhaltene Anstieg der osteuropäischen Marktanteile geht vollständig auf die wachsenden sowjetischen Lieferungen zurück, verursacht durch die steigenden Rohölpreise.

Die insgesamt guten Ergebnisse, die im Osthandel und besonders in Ostexporten der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erreicht wurden, schienen optimistische Aussichten für die

Tabelle 2 - Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen RGW-Staaten 1965-1975

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR	RGW(7)	
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1965	3,9	1,8	1,5	5,4	3,9
1970	4,3	1,8	1,1	5,4	6,0
1971	4,4	1,9	1,1	5,5	6,7
1972	4,5	1,8	1,1	5,6	7,3
1973	4,6	1,8	1,4	6,0	8,8
1974	4,3	1,8	1,8	6,1	11,1
1975	4,3	1,8	1,7	6,0	11,3

Quelle: Statistisches Bundesamt a,b; eigene Berechnungen.

kommenden Jahre zu verheißen. Verstärkt wurden diese Erwartungen durch zwei wichtige Ereignisse. Das erste Ereignis war der Besuch von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1973. Während seines Bonner Aufenthalts hat er die westdeutsche Wirtschaft mit einem beinahe visionären Angebot der gemeinsamen Wirtschaftskooperation überrascht (Der Spiegel, 1973; Wirtschaftswoche, 1973). Er hat Großprojekte im Wert von zig Milliarden D-Mark bei der Ausbeutung der Bodenschätze Sibiriens ins Gespräch gebracht. Verhandlungen über den Bau von sechs Atomkraftwerken in der Sowjetunion durch deutsche Firmen wurden aufgenommen. Die Errichtung dieser Kraftwerke soll mit Stromverbund und Energielieferungen in die Bundesrepublik verknüpft werden. Die Salzgitter AG bekam den Zuschlag für den Bau eines riesigen Stahlkombinats in der Nähe von Kursk. Auch die Unternehmen der Großchemie und Elektrotechnik engagierten sich zunehmend im Ostgeschäft.

Als zweites herausragendes Ereignis ist der Ölpreisschock von 1973/74 zu betrachten. Die explosionsartige Erhöhung der Rohölpreise im Laufe des Jahres 1973 bewirkte zunehmendes Interesse an deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft. Bereits im Oktober 1973 sprach sich der damalige Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, für die langfristigen Energielieferungen aus der Sowjetunion aus (Handelsblatt, 1973). Das Interesse an der Sicherung der Rohstoffbasis hat sich im Laufe des Jahres 1974 noch verstärkt, zahlreiche Manager sahen in ihrem Engagement im sowjetischen Osten bereits das große Geschäft für die nächste Dekade (Wirtschaftswoche, 1974). Man schrieb schon vom "Boom im Rußlandhandel" (Deutsche Sparkassenzeitung, 1974).

Die Expansion der Ostexporte blieb auch beschäftigungspolitisch nicht ohne Wirkung, was angesichts der Rezession der Jahre 1974/1975 zusätzlich an Bedeutung gewann. Für Industriebetriebe einiger Branchen haben die RGW-Länder als Absatzmarkt 1975 bereits erhebliche Bedeutung erlangt, was sich auch an der Zahl der in Ostexporte involvierten Arbeitskräfte niederschlug (Tabelle 3).

Tabelle 3 - Die Bedeutung des Osthandels¹ für die ausgewählten Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland 1975

Industriegruppe bzw. -zweig	Anteil der Ostexporte am Gesamtumsatz	Auslandumsatz	Zahl der durch Ostexporte gesicherten ² Arbeitsplätze
Kali, Spate, Graphite, Torf u.a. Erzeugnisse	2,4	9,2	800
Eisen u. Stahl	8,4	24,7	51.980
Erzeugnisse der Ziehereien, Stahlverformung	4,6	23,4	17.900
NE-Metalle und Metallhalbzeug	1,8	8,5	3.040
Chem. Erzeugnisse	2,7	8,2	31.880
Maschinenbauerzeugn.	5,9	13,5	122.940
Druckereierzeugnisse	0,3	7,8	980
Kunststofferzeugn.	1,3	8,1	4.540
Leder	2,8	13,6	440
Textilien	2,2	13,7	15.400
übrige Erzeugnisse	0,9	4,8	71.580
Insgesamt	2,1	9,0	321.460

¹europäische RGW-Länder ohne DDR. - ²direkter und indirekter (Vorleistungen) Beschäftigungseffekt.

Quelle: Bethkenhagen 1977; eigene Berechnungen.

So erreichte der Anteil der Ostexporte (ohne die DDR) in einigen Branchen fast ein Viertel der gesamten Auslandumsätze. Der sich daraus ergebende Beschäftigungseffekt war 1975 auf etwa 320.000 Arbeitsplätze geschätzt. Damit hat sich die Zahl der von Ostexporten abhängigen Arbeitsplätze von 1970 bis 1975 mehr als verdoppelt. Die Bedeutung des Osthandels für den Beschäftigungsstand einiger Branchen bleibt ohne Zweifel, trotzdem kann man in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung von keiner herausragenden beschäftigungspolitischen Rolle der Ostexporte sprechen, da ihr

Anteil an der Gesamtbeschäftigung auch 1975 die Marke von 1,5 vH nicht überstieg.

Mit der steigenden Bedeutung des Ostgeschäfts im westdeutschen Wirtschaftsleben, wuchs auch die Zahl der deutschen Unternehmen, die die RGW-Staaten als Handelspartner entdeckten. So beteiligten sich 1975 etwa 1500 bundesdeutsche Firmen allein am Handel mit der Sowjetunion (Wirtschaftswoche, 1975). Ein kleiner Teil davon betrieb Kooperationsprojekte mit Partnerunternehmen aus den Ostblockstaaten. Überhaupt, das Wort Kooperation wurde in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zur Zauberformel in der systemübergreifenden Wirtschaftspolitik. Kooperation umfaßte dabei verschiedenartige Formen der betrieblichen Zusammenarbeit, von der Lieferung kompletter Industrieanlagen, über die Nutzung gemeinsamer Absatzwege bis zu gemeinsamen Projekten in den Drittländern.

Zahlreiche Wissenschaftler aus den RGW-Ländern betrachteten die Kooperation als wahre Zukunftsform der Zusammenarbeit zwischen Ost und West (z.B. Andreew, 1974; Knyziak, 1974) und sahen in ihr den wichtigen Weg zur Übertragung der technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften in die RGW-Staaten. Zudem schienen die Kooperationsverträge am besten kompatibel zu sein zu den schwerfälligen Planungsverfahren in sozialistischen Wirtschaften (Nussbaumer, 1978). Sie ermöglichten doch eine langfristige Planung des Außenhandels, da sie in der Regel verbindliche Zusagen der westlichen Firmen über Lieferungen und Absatz der Produkte enthielten. Für die Planungsbehörden bedeutete das eine bedeutend stabilere Grundlage für die künftigen Entscheidungen im Vergleich zum "Chaos" des traditionellen Ost-West-Handels.

Neben den "echten" Kooperationsprojekten entstanden in den frühen siebziger Jahren auch die ersten "joint ventures" (Lebkowski, Monkiewicz, 1986)¹. Bereits 1971 ermöglichte Rumänien die Grün-

¹ Wie man sieht, gehört das "joint venture"-System nicht zu den Entdeckungen der Gorbatschow-Ära, sondern ist eher das Überbleibsel der Euphorie-Phase der Détente-Politik.

dung von gemeinsamen Unternehmen, gefolgt 1972 von Ungarn. Die ersten realisierten Projekte kamen 1973 bzw. 1974 zustande. Es ist hervorzuheben, daß auch hier die bundesdeutschen Unternehmen (Renk AG; Siemens AG) zu den Vorreitern gehörten.

Die Situation im Bereich des Ost-West-Handels konnte Ende 1975 aus deutscher Sicht als äußerst zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Exporte nahmen immer noch zu, über die Kooperationsprojekte mit der UdSSR schien die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik auf Jahrzehnte hinaus gesichert zu werden. Es wurden sogar Prognosen aufgestellt, die bis 1980 eine Vervierfachung der bundesdeutschen Exporte in die UdSSR auf etwa 27 Mrd. DM voraussagten (Collit, 1975). Die exportorientierten deutschen Unternehmen betrachteten den Osthandel immer stärker als einen Stabilitäts- und Ausgleichsfaktor angesichts der Schwankungen der Exportaufträge auf den übrigen Märkten (Deutsche Bundesbank, a).

Die Ziele des Osthandels¹, so wie sie in einem im Herbst 1972 veröffentlichten Gutachten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen formuliert wurden (Jahnke, Lucas, 1972), schienen bereits nach drei Jahren erreicht und sogar übertroffen zu werden.

2. Ernüchterung und Krisenmanagement 1976-1982

Das Jahr 1976 brachte eine Wende im Ost-West-Handel. Zwar hielt der Anstieg der westlichen Exporte in die osteuropäischen Länder weiterhin an, aber zum ersten Mal seit 1970 waren die Zuwachsraten geringer als die der übrigen Exporte.

Infolge dessen sank die Bedeutung der Ostexporte der OECD-Staaten, in Marktanteilen gemessen, von 4,6 vH 1975 auf 3,1 vH im

¹ Zu den vorrangigen Zielen wurden die Sicherung der Rohstoffversorgung der Bundesrepublik, die Ausnutzung der stabilisierenden und antizyklischen Einflüsse aus dem Osten und Förderung des "wahren" Wettbewerbs mit Hilfe der Öffnung den RGW-Staaten gegenüber (kein "verfälschter" Wettbewerb wie im Westen der multinationalen Konzerne) ernannt.

Jahre 1982 (Tabelle A1). Auch die osteuropäischen Exporte stießen auf Schwierigkeiten und begannen sogar im Fall der kleineren RGW-Länder zu sinken (Tabelle A2). Die sozialistischen Länder als ganze Gruppe betrachtet konnten ihre Marktanteile nur noch dank der sowjetischen Rohstofflieferungen im Laufe der Jahre 1976-1982 leicht erhöhen.

Eine ähnliche Entwicklung konnte man zur gleichen Zeit im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit europäischen RGW-Staaten beobachten. Der Wert der deutschen Ausfuhren stagnierte bis Ende der siebziger Jahre, und 1977 sank er sogar. Die Anteile der Ostexporte an den Gesamtexporten der Bundesrepublik begannen 1976 ebenfalls zu sinken. Der Trend hielt bis zum Ende des Untersuchungszeitraums an und umfaßte alle Länder. So lagen die Anteile der Exporte in die RGW(6)-Länder im Jahre 1982 etwa 39 vH unter dem höchsten Niveau des Jahres 1975. Die Ausfuhren in die DDR verringerten sich im gleichen Zeitraum um ca. 12 vH (wieder in Marktanteilen gemessen), und die in die UdSSR sogar um 42 vH.

Tabelle 4 - Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland in die europäischen RGW-Staaten 1976-1987

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR		RGW(7)
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1976	5,1	1,6	2,6	7,7	20,0
1977	4,8	1,6	2,3	7,1	19,8
1978	4,7	1,6	2,2	6,9	20,0
1979	4,4	1,5	2,1	6,5	20,6
1980	4,1	1,5	2,2	6,3	22,5
1981	3,7	1,4	1,9	5,6	22,7
1982	3,5	1,5	1,8	5,3	24,6

Quelle: Statistisches Bundesamt a,b; eigene Berechnungen.

Die bereits erwähnten Erwartungen, die von einer Expansion im Rußlandhandel ausgingen, wurden arg enttäuscht. Statt einer

Vervierfachung deutscher Ausfuhren in die Sojetunion von 1975 bis 1980 gelang es lediglich die Erhöhung der deutschen Exporte um ganze 14 vH. Mit knappen 8 Mrd. DM waren sie weit von der angepeilten Zielmarke von 27 Mrd. DM entfernt.

Nicht viel anders war es um die RGW-Exporte in die Bundesrepublik bestellt. Die RGW(6)-Staaten konnten ihre 1975er Marktanteile in der Bundesrepublik nur im Jahre 1976 halten. In den anschließenden Jahren gingen ihre Marktanteile ständig zurück und lagen 1982 etwa 12 vH unter den Höchstständen der Mitte des Jahrzehnts (Tabelle 5).

Tabelle 5 - Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen RGW-Staaten 1976-1987

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR	RGW(7)	
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1976	4,3	1,7	1,9	6,2	14,0
1977	4,2	1,7	1,9	6,1	14,6
1978	4,1	1,6	2,2	6,3	15,6
1979	4,1	1,6	2,5	6,6	19,5
1980	4,0	1,6	2,1	6,1	21,2
1981	3,8	1,6	2,4	6,2	23,4
1982	3,8	1,8	3,0	6,8	25,9

Quelle: Statistisches Bundesamt a,b; eigene Berechnungen.

Demgegenüber konnte die Sowjetunion ihre Ausfuhren in die Bundesrepublik noch steigern. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die meiste Zeit die erste Ölpreisexplosion des Jahres 1973, die Auswirkungen des zweiten Ölpreisschocks wurden erst Anfang der achtziger Jahre sichtbar. Am Ende des Untersuchungszeitraums lagen die sowjetischen Marktanteile bei 3 vH und damit über 50 vH über dem Niveau des Jahres 1975.

Gerade die Entwicklung der Exporte der Staatshandelsländer in die Bundesrepublik mußte überraschen, da sie im eklatanten Wider-

spruch zu den Erfahrungen der ersten Hälfte der siebziger Jahre stand. Damals konnte man Veränderungen im Grundmuster der internationalen Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Staatshandelsländern beobachten, die erwarten ließen, daß sie auch in späteren Jahren gelten können. Die RGW-Staaten wurden nach 1970 zu erfolgreichen Anbietern auf den westdeutschen Industriewarenmärkten, und dies verdankten sie der erfolgreichen Umstrukturierung ihrer Exporte wie auch der wachsenden ökonomischen Rationalität in ihrer Außenhandelspolitik (Weiss, Wolter, 1977; Weiss, 1983).

Dieser an sich erfolgreiche Aufholprozeß erlitt nach 1976 einen sichtbaren Bruch. Gründe dafür muß man in der Eigenart der ersten Hälfte der siebziger Jahre suchen, nämlich im kreditfinanzierten Außenhandel mit dem Westen, der regelmäßige Technologie- und Versorgungsimporte ermöglichte. Es ist schon erwähnt worden, daß nach der ersten Ölkrise zahlreiche deutsche Unternehmen begannen, den Osthandel als stabilisierendes Element zu betrachten. Sie waren daher bereit, ihre Ausfuhren in die RGW-Länder mit großzügigen Finanzierungshilfen zu koppeln, wohlwissend, daß ihre europäischen Mitwettbewerber mit großzügigen staatlich subventionierten Exportkrediten ausgestattet waren¹. Die Höhe der Exportkredite, die alleine von bundesdeutschen Nichtbanken den osteuropäischen Partnern gewährt wurden, kann Mitte 1977 auf etwa 10 Mrd. DM geschätzt werden.

Diese erhöhte Bereitschaft der deutschen Unternehmen, ihre Geschäftsverbindungen mit dem Osten auch in den wirtschaftlich

¹ Die Bundesregierung beteuerte mehrmals, daß sie weder staatliche Kredite noch Zinszuschüsse zur Finanzierung des Osthandels zur Verfügung stellt, anders als einige andere OECD-Länder. Als einziges Instrument der Exportförderung wurde die Versicherung der Exportrisiken genannt, die über die Hermes-Versicherung abgewickelt wurden. Der Anteil aller Staatshandelsländer an dem Gesamtvolumen der staatlichen Bürgschaften erreichte mit 27 vH im Jahre 1974 seinen höchsten Stand, seitdem sank er kontinuierlich auf etwa 18 vH Ende 1981. Das Zurückgehen des Anteils sozialistischer Länder an Bundesbürgschaften ging zum Teil auf die schwierige Finanzlage Osteuropas zurück, zum Teil aber auch auf den Anstieg der Bürgschaften in die arabischen Länder (BMWi, 1978, 1982).

schwierigeren Zeiten aufrechtzuerhalten, wurde von westdeutschen Geschäftsbanken unterstützt. Sie sahen in der Kreditvergabe an sozialistische Länder eine Lösung ihres Petrodollar-Recycling-Problems. Man darf auch nicht vergessen, daß die RGW-Staaten Anfang der siebziger Jahre über ein ausgezeichnetes Standing auf den internationalen Finanzmärkten verfügten. Hinzu kam der weitverbreitete Glaube an die sogenannte Regenschirmtheorie¹, der die etwaigen Bedenken gegen einzelne Kreditunternehmen verringern ließ.

Infolge dessen kam es zu einem starken Engagement der deutschen Kreditinstitute in den Ländern Osteuropas. Besonders markant ist die Vervierfachung der Verschuldung Osteuropas (ohne die DDR) gegenüber westdeutschen Banken in den Jahren 1973-1977 (Tabelle 6). Dabei berücksichtigen die in der Tabelle 6 dargestellten Daten lediglich Ausleihungen der inländischen Kreditinstitute. Ihre Auslandsfilialen und Auslandstöchter blieben in der Statistik der Jahre 1971-1982 unberücksichtigt. Erst für die jüngste Zeit liegen entsprechende Daten vor, die zu zeigen scheinen, daß das wirkliche Engagement der deutschen Banken noch um zumindest 50 vH höher liegt (Tabelle 10).

Eine ähnliche Tendenz zeichnete sich in den Kreditbeziehungen der sozialistischen Staaten mit dem Westen insgesamt ab. Alleine in den Jahren 1973-1977 wuchs die Nettoverschuldung der sieben osteuropäischen RGW-Staaten (also inklusive der DDR) um das viereinhalbfache von 10,6 Mrd. US-\$ auf 48,2 Mrd. US-\$ (Tabelle A4). Die Zunahme der Verschuldung ging einher mit den steigenden Schuldendienstbelastungen und die Staatshandelsländer waren offensichtlich nicht in der Lage, darauf mit einer Zunahme der Exporte zu antworten. Das Ausmaß der Veränderungen in der Schuldendienstbelastung einzelner Länder gibt Tabelle 7 wieder.

¹ Nach der Regenschirmtheorie soll die Sowjetunion im Falle einer etwaigen Zahlungsunfähigkeit eines der sozialistischen Länder für seine Schulden geradestehen, um eine formelle Zahlungsunfähigkeitserklärung zu vermeiden. Diese Theorie erwies sich nach 1982 als reines Wunschdenken.

Sehr auffallend ist dabei, daß während 1972 die Schuldendienstquote lediglich zweier Länder die 25 vH Marke¹ erreicht oder überschritten haben, es 1977 bereits fünf der sieben Länder waren, die eine höhere Schuldendienstquote zu verzeichnen hatten.

Tabelle 6 - Verschuldung der europäischen RGW-Staaten bei westdeutschen Banken¹ 1970-1987

	Bruttoverschuldung in Mrd. DM			Nettoverschuldung ² in Mrd. DM	
	Staatshandelsländer insgesamt ³	RGW(5)	UdSSR	RGW(5)	UdSSR
1971	2,4 ⁴	---	---	---	---
1972	2,1 ⁴	---	---	---	---
1973	2,9 ⁴	---	---	---	---
1974	4,0 ⁴	---	---	---	---
1975	8,9 ⁴	---	---	---	---
1976	11,1	5,6	5,3	5,0	4,3
1977	12,3	6,9	5,2	6,4	4,2
1978	12,9	7,8	5,0	7,2	3,4
1979	13,4	8,8	4,3	8,0	1,8
1980	13,5	9,3	4,2	8,6	2,0
1981	13,8	9,8	3,8	8,9	2,8
1982	13,7	9,4	3,4	8,4	1,5

¹Nur bei inländischen Kreditinstituten, ohne Auslandsfilialen und -töchtern. - ²Verbindlichkeiten gegenüber den westdeutschen Kreditinstituten minus Forderungen. - ³ohne DDR. - ⁴geschätzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank a,b; eigene Berechnungen.

Die zunehmende Verschuldung dieser Länder ging dabei nicht mit der effizienten Allokation der kreditfinanzierten Importe einher. Es zeigte sich hier ein besonders krasser Gegensatz zu den ostasiatischen Ländern, die eine vermehrte Kreditaufnahme im Westen zur Entwicklung exportorientierter Wirtschaftszweige

¹ Es gilt in Bankkreisen als Faustregel, daß die Schuldendienstquote 25 vH der jeweiligen Jahresexporte nicht übersteigen soll.

Tabelle 7 - Schuldendienstquote¹ der RGW-Staaten 1972-1982

	1972	1975	1977	1980	1982
Bulgarien	36	33	45	35	34
DDR	18	25	54	58	50
Polen	15	30	59	99	80
Rumänien	27	23	19	27	41
Sowjetunion	17	23	27	8	8
Tschechoslowakei	10	14	17	24	18
Ungarn	14	19	25	25	36

¹Alle Zins- und Tilgungszahlungen in vH der Exporte in die westlichen Marktwirtschaften.

Quelle: Zloch-Christy, 1987; eigene Berechnungen.

verwendet haben (Göbel et al., 1988; Balassa, 1985). Der marktwirtschaftliche Allokationsmechanismus dieser Länder hat offensichtlich erfolgreich funktioniert, so erfolgreich sogar, daß einige Länder, wie Südkorea, inzwischen ihre Schulden zu tilgen begannen.

In osteuropäischen Ländern hatte man mit einer gegensätzlichen Entwicklung zu tun. Der Versuch, mit Hilfe importierter Technologien einen Modernisierungsprozeß in Gang zu setzen, ohne die Grundlagen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu ändern, scheiterte (Winiecki, 1988). Hinzu kam, daß die Kredite lediglich zu einem Drittel zur Finanzierung der Investitionsgüter benutzt wurden. Nach polnischen und ungarischen Quellen wurden etwa zwei Drittel der Kredite für die Konsumgüter- und Rohstoffimporte verwendet (Inotai, 1987; Rydygier, 1985). Es drängt sich die Vermutung, daß von der jeweiligen Regierung die Kreditaufnahme nicht als Teil der grundlegenden Reform des Systems, sondern als Ersatz für diese betrachtet wurden.

Mit dem zurückgehenden Handel zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern Osteuropas sank auch die Bedeutung der

Ostexporte für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Sichernten die Ostexporte 1975 noch etwa 1,5 vH aller Arbeitsplätze, so verringerte sich ihre Bedeutung 1979 auf 0,9 vH oder 221.000 Arbeitsplätze (Bethkenhagen, Wessels, 1981). In der sektoralen und regionalen Betrachtung aber war die beschäftigungswirksame Bedeutung der Ostexporte immer noch beträchtlich, und sie erreichte in solchen Branchen wie Metallherzeugung und Maschinenbau Werte von 4,7 vH bzw. 3,8 vH aller Arbeitsplätze.

Ein weiterer Aspekt der wirtschaftspolitischen Ostorientierung der Bundesrepublik Deutschland ist eine schrittweise Liberalisierung der Einfuhren aus den Ostblockstaaten. Noch 1970 unterlagen beinahe 40 vH der Warenpositionen im gewerblichen Bereich der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen (BMWI, 1978). Anfang 1979 waren dagegen, nach Angaben der Bundesregierung Einfuhren von 88,3 vH der Warenpositionen de jure und 4,5 vH de facto liberalisiert (BMWI, 1979). Lediglich 7,2 vH der Warenpositionen waren noch von de facto Kontingentierungen betroffen, allerdings erfolgten gerade in diesem Bereich etwa 20 vH der östlichen Lieferungen. Interessant sind vielleicht Vergleiche der "ostspezifischen" Positionen auf der Einfuhrbeschränkungsliste: Sie betragen 1979 ca. 2 vH der Warenpositionen und betrafen rund 6 vH der östlichen Exporte. Bis 1982 sank der Anteil der ostspezifischen Kontingentierung auf 1,1 vH (BMWI, 1982).

Die Liberalisierungstendenzen der siebziger Jahre wurden jedoch durch Ausbau und verstärkten Einsatz zahlreicher nichttarifären Handelshemmnisse überschattet. Die Zunahme der Protektion in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren kann jedoch kaum als Hauptursache für die mangelnde Präsenz der osteuropäischen Exporteure auf dem westdeutschen Markt gelten¹.

¹ Die nichttarifären Handelshemmnisse konzentrieren sich vor allem auf die Branchen Kohlebergbau, Eisen und Stahl, Textil und Bekleidung wobei nur die Stahlbranche als "Neuzugang" der siebziger Jahre betrachtet werden kann. Unter Berücksichtigung der Subventionen und der Zolltarife erweitert sich diese Liste um einige Positionen, von denen allerdings nur einige wie Landwirtschaft, Lebensmittel, Tabak und Schiffbau für die RGW-Länder von Bedeutung wären (Weiss et al., 1988).

Denn es gibt genug Argumente, die dafür sprechen, daß die osteuropäischen Länder nicht entscheidend stärker vom wachsenden Protektionismus in der Bundesrepublik (und in Europa) getroffen wurden als etwa die Schwellenländer. Trotzdem konnte, wie bereits gezeigt, nicht mal das Land, das eine Präferenzbehandlung genießt und sich de facto in einer Freihandelszone mit der Bundesrepublik befindet, nämlich die DDR (Nehring, 1978), seine Stellung auf dem westdeutschen Markt ausbauen.

Die Mißerfolge der sozialistischen Exporteure gehen also auf systemimmanente Ursachen zurück, von denen an dieser Stelle zwei hervorzuheben sind. Erstens ist die Unfähigkeit des sozialistischen Wirtschaftssystem zu nennen, eine erfolgreiche Anpassung an die externen Störungen, wie z.B. die Ölpreisschocks der siebziger Jahre zu vollziehen (Kostrzewa, 1988a). Diese Unfähigkeit des Systems wurde durch die Eigenschaften des Preisfestsetzungsverfahrens im Intra-RGW-Handel verstärkt. Sie bewirkten nämlich eine langsame, um Jahre verzögerte Anpassung auf die steigenden Energiepreise und damit eine (gewollte) Abkoppelung von der Entwicklung auf dem Weltmarkt.

Eine ungewollte und in ihrer Auswirkung verhängnisvolle Folge war, daß die sozialistische Länder Ende der siebziger Jahre immer noch mit der Pre-Schock-Technologie auf den Weltmärkten präsent waren, während alle übrigen Anbieter (auch Entwicklungsländer) gezwungenermaßen neue, den veränderten relativen Preisen der Energieträger angepasste Technologien implementierten. Es kam zum verstärkten Wettbewerb auf den Märkten der westlichen Marktwirtschaften, wobei im Unterschied zu den früheren Jahren offensichtlich die Entwicklungs- und Schwellenländer zu den Hauptgewinner zählten (Poznanski, 1986). Diese Entwicklung sollte übrigens bis in die achtziger Jahre fort dauern (Donges, 1988; Kostrzewa, 1988a).

Zweitens, eine sogenannte Imitationsbarriere (Winiecki, 1988) machte die Versuche der sozialistischen Länder zunichte, sich mit

Hilfe der Technologieimporte auf den westlichen Exportmärkten zu etablieren¹.

Diese vielleicht etwas vom eigentlichen Thema ablenkende Darstellung der Probleme der Wettbewerbsfähigkeit osteuropäischer Anbieter ist verständlich, wenn man die Finanzierungsmodalitäten im Ost-West-Handel bedenkt. In einem System der Devisenbewirtschaftung und Devisenmangel beeinträchtigen sinkende Exporteinnahmen der RGW-Länder unmittelbar auch die Lieferungen westdeutscher Unternehmen in diese Länder. Eine besondere Bedeutung gewinnt dieser Zusammenhang dann, wenn die Neukreditaufnahme auf den internationalen Weltmärkten nur zu erschwerten Bedingungen oder sogar gar nicht möglich ist, wie es Anfang der achtziger Jahre der Fall war.

Das Jahr 1982 brachte das endgültige Aus für die osteuropäische Expansionsströme deutscher Exportwirtschaft. Die Bedeutung der Ostexporte sank zum ersten Mal unter das Niveau des Ausgangsjahres 1970. Die Möglichkeit eines kreditfinanzierten Exportbooms schien angesichts der im Vergleich zu 1970 beinahe zwanzigfache Verschuldung der RGW-Länder und der ersten Anzeichen der internationalen Schuldenkrise ganz und gar unrealistisch. Politische Impulse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit waren in Anbetracht der lähmenden "Sowjetsklerose" der späten Breschnew-Ära nicht zu erwarten.

3. Der Einbruch 1983-1988

Als 1981 auf beiden Seiten der Elbe die Maßnahmen des Krisenmanagement eingeleitet wurden, konnten sich nur sehr pessimistische

¹ Unter Imitationsbarriere ist (stark vereinfacht) folgendes zu verstehen: Ein Wirtschaftssystem, das perverse, innovationsfeindliche Anreize liefert, ist nicht imstande, imitationsfördernd zu wirken. Imitationsfähigkeit ist jedoch *conditio sine qua non* eines kreditfinanzierten Technologietransfers, da die Kreditrückzahlung durch Exporte der imitierten, standardisierten Güter erfolgen soll. Sie stellt letztlich auch die Grundlage eines erfolgreichen Aufholprozesses dar, wie das Beispiel der ostasiatischen Länder lehrt.

Beobachter eine weitere Entwicklung im deutschen Osthandel vorstellen, die der tatsächlichen entsprach. Das gleiche galt auch der allgemeinen Entwicklung des Ost-West-Handels. Betrachtet man die entsprechenden Daten aus den Tabellen A1 und A2, so konnten die Jahresergebnisse 1983 und (zumindest auf der Exportseite) 1984 noch Anlaß zur Hoffnung geben, daß eine Stabilisierung auf dem Anfang der achtziger Jahre erreichten Niveau möglich wird. Diese Erwartungen wurden nicht bestätigt. Bereits 1985 war die Bedeutung des Ost-West-Handels geringer als im Jahre 1965, um bis 1988 noch stärker abzunehmen. Die sozialistischen Länder Osteuropas vereinigten auf sich 1988 lediglich 2,2 vH der gesamten westlichen Exporte (weniger als die Hälfte des Höchststandes von 1975) und trugen mit 2,1 vH zu den westlichen Einfuhren bei. Der rückläufige Trend erfaßte dabei alle Länder, auch die DDR (sogar überproportional). Der Anteil der DDR an OECD-Importen sank zwischen 1965 und 1988 um ca. 36 vH und ihr Anteil an westlichen Exporten sogar um fast die Hälfte.

Der Einbruch im Ost-West-Handel traf auch den deutschen Osthandel. Die Ausfuhren der Bundesrepublik in die europäischen RGW-Staaten sanken zwischen 1983 und 1988 von 26,7 Mrd. DM auf knapp über 25 Mrd. DM (Tabelle 8). Ihr Anteil an den gesamten Exporten bundesdeutscher Unternehmen verringerte sich im gleichen Zeitraum von 6,1 vH auf 4,5 vH.

Der stärkste Exporteinbruch (gemessen an relativer Bedeutung) hatten die im Handel mit der Sowjetunion tätigen Exporteure zu verzeichnen. Etwas langsamer, obwohl insgesamt ebenfalls nach unten gerichtet, ging die Bedeutung der Exporte in die kleineren RGW-Staaten zurück. Differenzierter ist das Bild der westdeutschen Einfuhren aus den sozialistischen Ländern. Auf der einen Seite wären die RGW(6)-Staaten zu nennen, die weiterhin im Trend der letzten 15 Jahre lagen und einen leichten Verlust ihrer Marktanteile hinnehmen mußten (Tabelle 9).

Die Sowjetunion hingegen erlebte einen dramatischen Rückgang ihrer Marktanteile, die sich zwischen 1984-1988 mehr als halbiert-

Tabelle 8 - Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland in die europäischen RGW-Staaten 1983-1988

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR		RGW(7)
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1983	3,5	1,6	2,6	6,1	26,7
1984	3,2	1,4	2,2	5,4	26,6
1985	3,4	1,4	2,0	5,4	29,2
1986	3,3	1,4	1,8	5,1	27,0
1987	3,2	1,4	1,5	4,7	25,1
1988 ¹	3,0	1,2	1,5	4,5	25,8

¹geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt a, b, c; eigene Berechnungen.

ten. Diese Entwicklung geht zum großen Teil auf die Veränderungen der Erdölpreise auf dem Weltmarkt zurück, die sich seit Anfang 1986 stark abschwächten.

Das Unvermögen der sozialistischen Länder, ihre Ausfuhren entscheidend zu erhöhen, hatte auch in den achtziger Jahren einen unmittelbaren Einfluß auf die Größe der westdeutschen Ostexporte. Wie bereits seit Ende der siebziger Jahre, so auch in den achtziger Jahren waren die meisten RGW-Staaten darum bemüht, den Anstieg ihrer Auslandsverschuldung zu begrenzen. Der Preis dafür waren sinkende Investitionen, Konservierung der alten, verkrusteten Wirtschaftsstrukturen, die immer größer werdende technologische Lücke zwischen Ost und West und in der Konsequenz weiter sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Exporteure. Da es gleichzeitig an konsequent implementierten radikalen Reformmaßnahmen in den einzelnen RGW-Staaten fehlte und

Tabelle 9 - Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen RGW-Staaten 1983-1988

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR		RGW(7)
	in vH der Gesamteinfuhren			absolut in Mrd. DM	
1983	3,7	1,7	3,0	6,7	31,3
1984	3,8	1,8	3,3	7,1	31,1
1985	3,7	1,6	2,9	6,6	25,1
1986	3,8	1,6	2,2	6,0	22,4
1987	3,6	1,6	1,8	5,4	21,5
1988 ¹	3,6	1,6	1,6	5,2	22,5

¹geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt a, b, c; eigene Berechnungen.

die partielle Veränderung des Systems nach dem "weder Plan noch Markt"-Muster keine deutliche Verbesserung der Effizienz brachte, konnte die weitere Erhöhung der Auslandsverschuldung nicht vermieden werden. Die Nettoverschuldung der RGW(7)-Staaten im Westen überstieg bereits 1987 die Grenze von 100 Mrd. US-\$ und zeichnet sich durch weiteres Ansteigen aus¹ (Tabelle A4). Die Schuldendienstquote der sozialistischen Länder blieb weiterhin auf einem hohen Niveau (OECD, a).

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten in den letzten fünf Jahren die westdeutschen Kreditinstitute (Tabelle 10). Die Bruttoverschuldung der europäischen RGW-Staaten bei bundesdeut-

¹ Die Zunahme der Verschuldung seit 1984 um beinahe 60 vH ist sowohl auf die verzerrenden Währungseffekte (Verfall des Kurses des US-Dollars) als auch auf die reale Erhöhung der Auslandsverschuldung zurückzuführen.

Tabelle 10 - Verschuldung der europäischen RGW-Staaten bei westdeutschen Banken¹ 1983-1988

	Bruttoverschuldung in Mrd. DM		Nettoverschuldung in Mrd. DM	
	RGW(5)	UdSSR	RGW(5)	UdSSR
1983 ²	8,6	5,1	7,3	4,2
1984	14,5	10,1	11,8	5,9
davon IKI	8,3	6,9	6,8	5,8
1985	14,9	9,5	9,6	6,7
davon IKI	8,7	6,6	5,1	5,7
1986	14,8	9,6	13,1	7,2
davon IKI	8,9	6,4	7,8	5,5
1987	15,3	8,6	13,6	7,0
davon IKI	9,7	5,7	8,6	5,1
1988 ³	16,0	9,2	14,2	7,5
davon IKI	10,4	5,7	9,0	5,2

¹Inländische Kreditinstitute (IKI) und ihre Auslandstöchter und -filialen. - ²Nur inländische Kreditinstitute. - ³Juni 1988.

Quelle: Deutsche Bundesbank, b; eigene Berechnungen.

schen Banken (inkl. Auslandstöchter und -filialen) ist zwar im Zeitraum 1984-1988 nur sehr leicht angestiegen von 24,6 auf 25,2 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum jedoch haben alle RGW-Staaten ihre Guthaben bei den westdeutschen Kreditinstituten abgebaut, so daß sich ihre Nettoverschuldung stark erhöht hat. Augenfällig ist besonders die wachsende Nettoverschuldung der Sowjetunion, die in den Jahren 1984-1988 um 27 vH zunahm.

Angesichts der dargestellten Außenhandelsindikatoren muß die Beurteilung der Entwicklung des Ost-West-Handels, vorgenommen Anfang des Jahres 1989 insgesamt kritisch ausfallen. Den sozialistischen Ländern Osteuropas ist es nicht gelungen, ihre Exportfähigkeit auf dem schon niedrigen Niveau der Jahre 1981/1982 zu

halten. Dies wirkte sich unmittelbar auf die deutschen Exporte in den RGW-Raum, deren Anteil an den Gesamtexporten ebenfalls stark zurückgegangen ist. Der Exportrückgang würde noch stärker ausfallen, wenn einige RGW-Staaten, allen voran die Sowjetunion, nicht ihre Devisenguthaben bei bundesdeutschen Banken abgebaut und neue Anleihen aufgenommen hätten.

IV. Schlußfolgerungen und Ausblick

Die Hoffnungen, die auf exzellente Außenhandelsergebnisse der ersten Hälfte der siebziger Jahre beruhten und in der Ostorientierung der deutschen Wirtschaft ein Stabilisierungsfaktor sahen, wurden arg enttäuscht. In einer ex post Betrachtung ist jedoch die "kurze Blüte" des Osthandels nicht unerwartet, mehr noch, die "Blüte" selbst war eigentlich nur durch eine Reihe von günstigen Umständen zustande gekommen. Zu den wichtigsten dieser Umstände gehörten:

- Im Jahrzehnt 1966-1975 fand das statt, was Brus (1986) als die "zweite Welle" der Wirtschaftsreformen in Osteuropa betrachtet. Zwei Merkmale dieser "zweiten Welle" sind dabei besonders hervorzuheben. Eines dieser Merkmale war die enge Koppelung der binnen- und außenwirtschaftliche Aktivitäten, die mit einer Reorganisation des Außenhandelssektors einherging. Als zweites Merkmal ist die Tatsache zu werten, daß gegen Ende dieser Zeitperiode die Reformversuche überall an Schwung verloren haben und spätestens 1974/75 (Entlassung von Rezso Nyers in Ungarn, Beendigung des WOG-Experiments in Polen) abgebrochen wurden.
- Angesichts einer sehr zurückhaltenden Verschuldungspolitik in den sechziger Jahren und der aufgrund der Überliquidität der internationalen Finanzmärkte zeitweilig herrschenden negativen Realverzinsung bereitete die Westverschuldung der sozialistischen Länder lange Zeit keine Sorgen.
- Einen wichtigen Beitrag hat die Normalisierung der politischen

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den RGW-Staaten Anfang der siebziger Jahre gespielt. Sie ist jedoch nicht als eigenständiger Faktor zu werten, ihre Wirkung konnte sich nur in Verbindung mit den oben genannten Faktoren entfalten.

Als Mitte der siebziger Jahre der erste Faktor - Wirtschaftsreformen - seine Wirkung verlor, begann die Stagnations- und Rückgangsphase im Osthandel der Bundesrepublik. Als die internationalen Finanzmärkte ihre Einschätzung der Geschäftsrisiken im Ostgeschäft 1980/81 einer Revision unterzogen, und die Anzeichen einer allgemeinen Wirtschaftskrise des Ostblocks (Kosta, Levcik, 1985) sichtbar wurden, erlitt der Osthandel der Bundesrepublik einen weiteren Rückschlag. Seine Bedeutung sank weiter, um 1988 den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren zu erreichen.

Der Niedergang des bundesdeutschen (und westlichen) Osthandels wurde jedoch seit 1985 durch neuartige Entwicklungen in Osteuropa begleitet, die die zukünftigen Perspektiven der Ost-West-Zusammenarbeit sicher stark beeinflussen werden. Mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows ist die Wirtschaftspolitik zumindest in einigen RGW-Staaten in Bewegung geraten. Perestrojka wurde geboren, und mit ihr sowohl immer kritischere Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Wirtschaftspolitik der Breschnew-Ära als auch die Suche nach neuen Entwicklungsstrategien für die achtziger und neunziger Jahre. Nach Meinung der wichtigsten Berater Gorbatschows soll solche neue Strategie eine Öffnung der sowjetischen Wirtschaft als integralen Teil der sowjetischen Wirtschaftsreformen enthalten (Aganbegian, 1988; Spandarian, Schmelev, 1988). Eine wichtige Bedeutung fällt dabei den "neuen" Formen der Zusammenarbeit - den joint ventures - zu.

Diese Gemeinschaftsunternehmen sind bis heute noch eher im Bereich der wirtschaftspolitischen Willensbekundungen anzusiedeln und ihre wirtschaftliche Bedeutung ist recht gering. Trotzdem scheint das Interesse an dieser Form der ökonomischen Zusammenarbeit durchaus vorhanden zu sein, und zwar gerade bei den westdeutschen Unternehmen. Diese haben von allen westlichen Partnern

den weitaus größten Anteil sowohl an Kooperations- als auch an echten Joint-Venture-Projekten (ECE, 1988a). Das gilt nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für zwei weitere RGW-Länder, die im Bereich der ausländischen Beteiligungen und Direktinvestitionen ihre Grenzen am weitesten geöffnet haben: Ungarn und Polen¹. Der Vorsprung der deutschen Unternehmen kann jedoch schnell schmelzen, da die zwei letztgenannten Länder zunehmend attraktiver für die Unternehmen aus anderen Ländern werden, die auch bereit sind, die traditionellen Kooperationsbereiche zu verlassen und nach neuen lukrativen Anlagemöglichkeiten zu suchen².

Ein weiterer Faktor, der, neben der joint-ventures-Unternehmen, die Zukunft des deutschen Osthandels günstiger gestalten könnte, ist die veränderte sowjetische Verschuldungspolitik. Angesichts einer schlechten und sich weiterhin verschlechternden Versorgung der Bevölkerung mit den Konsumgütern mehren sich in der Sowjetunion die Stimmen für eine verstärkte, kreditfinanzierte Einfuhr dieser Güter aus dem Ausland (z.B. Schmelev, 1988)³. Die westlichen, darunter auch die bundesdeutschen Banken, sind bereit, diesen Kreditwünschen zu entsprechen, was wohl mit der Einschätzung der UdSSR als "hochinteressanten Markt für die bundesdeutsche Wirtschaft" (Süddeutsche Zeitung, 1988) begründet wird.

¹ Verlässliche Daten über die gegenwärtige Zahl der registrierten Joint-Venture-Unternehmen fehlen, da die Angaben für das Jahr 1988 noch nicht veröffentlicht wurden. Vergleicht man die Informationen aus verschiedenen Quellen, so bekommt man folgendes Bild: Ende 1988 gab es in der UdSSR ca. 130, in Ungarn ca. 200 und in Polen ca. 50 Joint-Venture-Unternehmen. Darüber hinaus waren in Polen ca. 700 sog. Auslandsfirmen (Kleinunternehmen in ausländischem Besitz) tätig. Vgl. Meier (1988), Gwiazda (1988), Weglewski (1988).

² Aus Ungarn wird von der bis dahin größten ausländischen Investition der südkoreanischen Unternehmen (NfA, 1988) berichtet, Polen wurde von einer amerikanischen Unternehmensgruppe Investitionen im Telekommunikationsbereich im Wert von über 2 Mrd. US-\$ vorgeschlagen (Markiewicz, 1988).

³ Darin wird nicht weniger als Beitrag zur Rettung der Perestrojka gesehen, der sonst angesichts der Versorgungsengpässe zu scheitern droht. Nach der Mißernte 1988 dürften solche Stimmen an Bedeutung gewinnen.

Dies könnte sich jedoch als Bären dienst für die Perestrojka erweisen, die an der Zweiseitigkeit einer kreditfinanzierten Modernisierung des schwerfälligen, ineffizienten und immer noch nicht reformierten Wirtschaftssystems scheitern könnte. Die Lehren aus den siebziger Jahren und besonders die polnischen und ungarischen Erfahrungen sollen hier eine Warnung sein.

Möchte man zum Schluß dieser Ausführungen eine Zukunftsprognose wagen, so wären die besten Chancen für die deutsche Exportwirtschaft derzeit in Ungarn und Polen auszumachen. Für Außenhandelsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Polen war 1988 das beste Jahr seit 1980. Der Wert sowohl polnischer als auch deutscher Exporte nahm jeweils um etwa 20 vH zu. Man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß es sich dabei um die ersten Erfolge der im Laufe des Jahres 1987 eingeleiteten Liberalisierung des Außenwirtschaftsverkehrs Polens handelt¹. Wenn es so ist, so würde die angekündigte Liberalisierung des Devisen- und Außenhandelsrechts im Laufe des Jahres 1989 weitere Impulse für den deutsch-polnischen Handel liefern.

Auch die Liberalisierungsmaßnahmen im ungarischen Außenwirtschaftssektor und der erklärte politische Reformwille in diesem Land scheinen eine günstige Entwicklung vorauszusagen. Hinzu kommt der Vorsprung Ungarns in der Etablierung von Joint-Ventures-Unternehmen, dessen Bedeutung erst in den kommenden Jahren richtig sichtbar wird.

Die Wirtschaftslage anderer Länder (incl. der Sowjetunion), verheißt mittelfristig eher schwierige Zeiten für die bundesdeutschen Exporteure, obwohl einige kurzfristige Sonderbewegungen, allem voran im Handel mit der Sowjetunion, durchaus möglich wären.

¹ Von diesen sind allen voran drei zu nennen: eine "aktive" Wechselkurspolitik, die Einführung der Devisenauktionen und die Schaffung der Möglichkeit für einzelne Betriebe, einen Teil ihrer Exporterlöse auf eigenen Devisenkonten zu behalten (Kostrzewa 1988b).

Tabelle A1 - Anteile der RGW-Staaten an den Gesamtexporten der OECD-Länder 1965-1987 in vH¹

	RGW(6) darunter DDR	UdSSR	RGW(7)	
1965	1,7	0,25	1,2	2,9
1970	1,7	0,20	1,2	2,9
1971	1,7	0,21	1,1	2,8
1972	1,9	0,22	1,3	3,2
1973	2,1	0,19	1,4	3,5
1974	2,3	0,19	1,4	3,7
1975	2,4	0,20	2,2	4,6
1976	2,2	0,21	2,2	4,4
1977	1,9	0,17	2,0	3,9
1978	1,9	0,17	1,8	3,7
1979	1,8	0,23	1,8	3,6
1980	1,7	0,20	1,7	3,4
1981	1,4	0,20	1,9	3,3
1982	1,1	0,15	2,0	3,1
1983	1,1	0,17	2,0	3,1
1984	1,0	0,15	1,8	2,8
1985	1,0	0,12	1,7	2,7
1986	1,1	0,13	1,5	2,5
1987	1,1	0,13	1,4	2,5
1988 ²	0,9	0,13	1,3	2,2

¹Ohne innerdeutschen Handel. ²Geschätzt.

Tabelle A2 - Anteile der RGW-Staaten an den Gesamtimporten der OECD-Länder 1965-1987 in vH¹

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR	RGW(7)
1965	1,6	0,22	1,4	3,0
1970	1,6	0,18	1,1	2,7
1971	1,6	0,17	1,1	2,7
1972	1,6	0,17	1,1	2,7
1973	1,6	0,16	1,2	2,8
1974	1,5	0,16	1,3	2,8
1975	1,6	0,18	1,4	3,0
1976	1,5	0,16	1,6	3,1
1977	1,4	0,14	1,6	3,0
1978	1,4	0,16	1,5	2,9
1979	1,4	0,14	1,6	3,0
1980	1,3	0,15	1,7	3,0
1981	1,2	0,17	1,8	3,0
1982	1,1	0,19	2,1	3,2
1983	1,2	0,20	2,0	3,2
1984	1,2	0,18	2,0	3,2
1985	1,1	0,17	1,6	2,7
1986	1,1	0,16	1,2	2,3
1987	1,1	0,14	1,2	2,3
1988 ²	1,0	0,14	1,1	2,1

¹ Ohne innerdeutschen Handel ² Geschätzt

Quelle: OECD b, c; eigene Berechnungen.

Tabelle A3 - Außenhandelsverflechtung der europäischen RGW-Staaten 1965-1982 in vH.

	1965		1970		1975		1980		1982	
	RGW(5)	RGW(7)	RGW(5)	RGW(7)	RGW(5)	RGW(7)	RGW(5)	RGW(7)	RGW(5)	RGW(7)
- EXPORTE -										
Industrieländer	23,9	22,1	27,1	24,2	27,0	27,4	30,0	32,6	24,8	30,2
darunter										
Bundesrepublik										
Deutschland	4,5	2,7	5,9	3,4	5,4	4,0	7,3	6,0	5,8	5,4
Entwicklungsländer	8,8	10,3	8,5	13,2	10,8	13,4	13,6	15,4	16,7	14,0
Zentralverwaltungs- wirtschaften	67,4	65,7	64,4	62,6	62,2	59,2	56,4	52,1	57,9	51,6
- IMPORTE -										
Industrieländer	25,9	24,5	29,1	27,7	37,1	37,2	31,4	35,1	22,1	31,3
darunter										
Bundesrepublik										
Deutschland	4,9	2,9	5,1	3,6	7,9	6,6	6,8	5,9	6,0	4,8
Entwicklungsländer	8,1	10,3	6,7	9,8	7,1	10,9	12,9	13,5	11,8	13,4
Zentralverwaltungs- wirtschaften	66,0	65,2	64,2	62,5	55,8	51,9	55,5	51,3	62,9	54,1

Quelle: UN; eigene Berechnungen.

Tabelle A4 - Nettoverschuldung europäischer RGW-Staaten in konvertiblen Währungen¹ 1970-1987 in Mrd. US-\$

	RGW(6) darunter DDR		UdSSR	RGW(7)
1970	4,0	0,9	0,6	4,6
1971	4,8	1,2	1,4	6,2
1972	5,3	1,2	2,3	7,7
1973	7,7	1,9	3,4	11,1
1974	13,2	2,6	4,6	17,8
1975	17,9	3,6	12,2	30,2
1976	26,0	5,2	16,1	42,1
1977	33,9	6,6	18,3	52,2
1978	43,4	8,0	18,3	61,7
1979	52,3	9,2	17,3	69,6
1980	58,2	11,6	16,6	74,8
1981	60,7	12,3	20,5	81,3
1982	56,9	10,7	18,4	75,3
1983	52,9	8,7	16,0	68,8
1984	49,0	7,1	14,2	63,3
1985	54,6	7,1	18,3	72,9
1986	65,4	8,7	22,6	88,1
1987	75,0	9,7	25,3	100,3

¹Die Daten für Bulgarien, die DDR, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei beziehen sich lediglich auf die Verschuldung gegenüber westlichen Ländern. Etwaige Verbindlichkeiten gegenüber Entwicklungs- oder anderen RGW-Ländern wurden nicht berücksichtigt.

LITERATURVERZEICHNIS

- AGANBEGIAN, Abel, The Challenge: Economics of Perestrojka. London 1988.
- ANDREEW, Wladislaw, "Gegenwärtige Lage und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den entwickelten westlichen Ländern". In: Herbert GIERSCHE (Hrsg.), Möglichkeiten und Grenzen einer Verbesserung des Ost-West-Handels und der Ost-West-Kooperation. Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Drs. h.c. Fritz BANDE. Tübingen 1974, S. 93-108.
- BALASSA, Bela, Adjustment Policies in Socialist and Private Market Economies. World Bank Development Research Department Discussion Paper, 147, Washington D.C. 1985.
- BETHKENHAGEN, Jochen, "RGW-Länder vermindern Handelsbilanzungleichgewicht". DIW-Wochenbericht, Vol. 44, 1977, Nr. 12, S. 101-107.
- " -, Hans WESSELS, "Beschäftigungseffekte des Osthandels nicht überschätzen: Zur Entwicklung des RGW-Handels der Bundesrepublik Deutschland". DIW-Wochenbericht, Vol. 48, 1981, Nr. 13, S. 154-161.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (BMWI), Der deutsche Osthandel zu Beginn des Jahres 1978. Bonn 1978.
- " -, Der deutsche Osthandel zu Beginn des Jahres 1979. Bonn 1979.
- " -, Der deutsche Osthandel 1982. Bonn 1982.
- COLLIT, Leslie, "Trade with the East". The Financial Times, 13. Oktober 1975.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (a), Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Vol. 28, 1976, Nr. 7.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (b), Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, lfd. Jgg.
- DEUTSCHE SPARKASSENZEITUNG, "Boom im Rußlandhandel". 25. Oktober 1974.
- DONGES, Juergen B., Kritische Anmerkungen zum Ost-West-Handel. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 324, April 1988.
- ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE (ECE), 1988 a, East-West Joint Ventures: Economic, Business, Financial and Legal Aspects. New York 1988.
- " -, 1988 b, Economic Survey of Europe in 1987-1988. New York 1988.
- GÖBEL, Heike, Rolf J. LANGHAMMER, Frank D. WEISS, Wachstum im asiatisch-pazifischen Raum. Implikationen neu für die internationale Arbeitsteilung. Kieler Studien, 222, Tübingen 1988.

- GWIAZDA, Wladyslaw, "Brama czesciowo otwarta". Polityka, 1988, Nr. 32, S. 4.
- HANDELSBLATT, "Otto WOLFF: Wir brauchen politischen Schub". Handelsblatt, 31. März 1970.
- " -, "Energie-Kooperation mit Moskau ist nicht utopisch". 23. Oktober 1973.
- INOTAI, Andras, "Wirtschaftsreform und Wirtschaftsstrategie in Ungarn". Südosteuropa, Vol. 36, 1987, Nr. 10, S. 598-610.
- JAHNKE, Joachim, Rainer LUCAS, Osthandel - Ostpolitik in der Praxis: Vom Handel zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. 1972.
- KNYZIAK, Zygmunt, "Möglichkeiten und Grenzen einer Verbesserung des Ost-West-Handels und der Ost-West-Kooperation aus der Sicht Polens". In: Herbert GIERSCH (Hrsg.), Möglichkeiten und Grenzen einer Verbesserung des Ost-West-Handels und der Ost-West-Kooperation. Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Drs. h.c. Fritz BANDE. Tübingen 1974, S. 109-116.
- KOSTA, Jiri, Friedrich LEVCIK, Wirtschaftskrise in den osteuropäischen RGW-Ländern. Forschungsprojekt "Krisen in den Systemen sowjetischen Typs". geleitet von Zdenek MLYNAR. Studie Nr. 8. Köln 1985.
- KOSTRZEWA, Wojciech, 1988a, Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten? Kieler Diskussionsbeitrag, Nr. 144, September 1988.
- " -, 1988b, "Die polnische Währungsordnung im Umbruch - zwischen Devisenbewirtschaftung, Schwarzmarkt und staatlichen Devisenauktionen". Die Weltwirtschaft, 1988, Nr.2. S.134-145.
- LEBKOWSKI, Maciej, Jan Monkiewicz, "Western Direct Investment in Centrally-Planned Economies". Journal of World Trade Law, Vol. 20, 1986, Nr. 6, S. 624-638.
- LINK, Werner, "Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974-1982". In: Karl D. BRÄCKER et al. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/II. Stuttgart, Mannheim 1987.
- MARKIEWICZ, Wojciech, "Gwiazdkowy dzwoneczek". Polityka, 24. Dezember 1988, Nr. 52, S. 7.
- MEIER, Christian, Sowjetische Joint Ventures mit westlichen Partnern: Konzepte, Implementierung und Perspektiven. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 55, Köln 1988.
- NACHRICHTEN FÜR AUSSENHANDEL (NfA), "Ungarisch-koreanische Joint Ventures", 23. November 1988.

- NEHRING, Sighart, Die Wirkungen von Handelspräferenzen im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Kieler Studie, 154, Tübingen 1978.
- NUSSBAUMER, Adolf, "Einige theoretische Überlegungen zur Entwicklung des Ost-West-Handels". In: Friedrich Levčik (Hrsg.), International Economics-Comparisons and Interdependences. WIIW, Studien über Wirtschafts- und Systemvergleiche, Band 9. Wien, New York 1978, S. 199-219.
- OECD (a), Financial Market Trends, 1988, Nr. 39.
- OECD (b), Foreign Trade by Commodities, Paris, lfd. Jgg.
- OECD (c), Monthly Statistics of Foreign Trade.
- POLSKI INSTYTUT SPRAW MIĘDZYNARODOWYCH (PISM), PRL-RFN: Dokumenty i materiały 1970-1985. Warszawa 1987.
- POZNANSKI, Kazimierz, "Competition Between Eastern Europe and Developing Countries in the Western Market for Manufactured Goods". In: JOINT ECONOMIC COMMITTEE OF THE CONGRESS OF THE UNITED STATES (Ed.), East European Economies: Slow Growth in the 1980s, Vol.2. Washington 1986, S62-90.
- RYDYGIER, Wiesław, "Pulapka zadłużenia". In: Aleksander Müller (Hrsg.), U źródeł polskiego kryzysu. Warszawa, 1985, S. 222-305.
- SCHMELEV, Nikolai, "Novyje Trevoży". Novyj Mir, 1988, Nr. 4, S. 160-175.
- SPANDARIAN, Viktor, Nikolai SCHMELEV, "Problemy povyschenija effektivnosti uneschno-ekonomiceskich sviazej SSSR". Mirovaja Ekonomika i Meščdunarodnyje Otnosčenja, 1988, Nr. 8, S. 10-25.
- DER SPIEGEL, "Greifen Sie zu". Der Spiegel 28. Mai 1973, Nr. 22.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (a), Handel mit den Staatshandelsländern. Fachserie 7, Reihe 5.2, lfd. Jgg.
- " - (b), Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). Fachserie 6, Reihe 6, lfd. Jgg.
- " - (c), Statistisches Jahrbuch 1988.
- STATISTISCHES REICHSAMT, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin, 1937.
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, "Linss: Die Reformen flankieren". 4. November 1988
- UN, Yearbook of International Trade. New York, lfd. Jgg.
- WEGLOWSKI, Miłosz, "Wegry: Oswajanie Kapitału". Rynki Zagraniczne, 3. Oktober 1988, Nr. 119, S. 6.

WEISS, Frank D., Frank WOLTER, "Die Staatshandelsländer als Anbieter auf den westdeutschen Industriewarenmärkten". Die Weltwirtschaft, 1977, Nr. 1, S. 109-126.

- " -, West Germany's Trade with the East: Hypotheses and Perspectives. Kieler Studien, 179, Tübingen 1983.

WINIECKI, Jan, The Distorted World of Soviet-Type Economies. London 1988.

WIRTSCHAFTSWOCHE, "Breschnew-Besuch: Drei Dinge braucht der Mann". Wirtschaftswoche, 18. mai 1973, Nr. 21, S. 14-20.

- " -, Osthandel: Bis zum 31. Dezember 2000". 25. Oktober 1974, Nr. 44.

- " -, "Alles Weitere bringt die Zukunft". 5. September 1975, S. 37.

ZLOCH-CHRISTY, Iliana, Debt Problems of Eastern Europe. Cambridge 1987.